

# Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet  
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher  
Nr. 11

Allg. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt. Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt.

Bezugspreis: Bei der Post und den Agenten bezogen vierteljährlich 12 M. 45 Pfg., in Altensteig 12 M. | Anzeigenpreis: Die 10spaltige Zeile oder deren Raum 50 Pfg., die Reklameweile 1 M. 50 Pfg. Mindest-  
Bei Abwesenheit der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Vorkauf. | Betrag eines Austrags 2 M. Bei Wiederholungen Rabatt. Bei Zahlungsvorgang ist der Rabatt hinlänglich.

Nr. 31.

Altensteig, Dienstag den 8. Februar.

Jahrgang 1921.

## Der dritte Bismarckband.

I.

Nachdem schon vor einiger Zeit italienische und schweizerische Blätter Auszüge aus dem dritten Band der Gedanken und Erinnerungen Bismarcks, die durch Vertrauensbruch zu ihrer Kenntnis gekommen waren, veröffentlicht hatten, größtenteils mit einseitigen Entstellungen, ist nun auch ein holländisches Blatt mit dem Abdruck eines großen Teils des dritten Bandes nachgefolgt und englische und amerikanische Blätter werden sich anschließen. So liegt auch für die deutsche Presse keine Möglichkeit mehr vor, die bisher geübte Zurückhaltung weiter zu beobachten, trotzdem erst neulich wieder in dem schwebenden Prozeß der Vertreter des Kaisers den Vergleichsvorschlag des Cotta'schen Verlags abgelehnt und die Veröffentlichung der Kaiserbriefe durch Gerichtsurteil, das dem Kaiser erneut das Urheberrecht an den Briefen zuerkannte, in dem dritten Band vorläufig unmöglich gemacht ist. Es soll nicht untersucht werden, ob es richtig war, die Veröffentlichung des Hauptteils des geistigen und politischen Vermächnisses Bismarcks an das deutsche Volk aufzuhalten, umso mehr, als Bismarck selbst ohne Zweifel die Zurückhaltung der Veröffentlichung wohl kaum so lange Zeit über seinen Tod hinaus beabsichtigt hatte. Jedenfalls würden die Bestimmungsworte Bismarcks, daß die „Gedanken und Erinnerungen“ dem deutschen Volk für die Vergangenheit zur Erkenntnis und für die Zukunft zur Lehre dienen sollen, ihren Wert verlieren, wenn die Kenntnis der goldenen Worte dem deutschen Volk auch jetzt noch, in seiner schwersten Zeit, vorenthalten würde. Es ist jetzt eine Pflicht der Presse, ohne jede parteipolitische Stellungnahme und einseitige Behandlung für oder wider den Kaiser und den ersten Kanzler, zu berichten, was Bismarck dem deutschen Volk zu sagen hat.

### Prinz Wilhelm.

Im ersten Kapitel des dritten Bandes der „Gedanken und Erinnerungen“ berichtet Bismarck über seine Bemühungen, den Prinzen Wilhelm als demnächstigen Thronerben dem beschränkten Kreis des Potsdamer Regimentsdienstes zu entziehen und ihm die nötigen Kenntnisse namentlich der inneren Verwaltung und Politik zu verschaffen. Er teilt dabei folgenden Brief des Vaters des Prinzen, nachmaligen Kaisers Friedrich, mit, der aus Portofino vom 28. September 1886 datiert ist:

„Mein Sohn Prinz Wilhelm hat, ehe ich darum wußte, gegen Se. Majestät den Kaiser (Wilhelm I.) den Wunsch geäußert, während des bevorstehenden Winters mit der Tätigkeit unserer Ministerien näher bekannt zu werden, und ist infolgedessen, wie ich vernehme, bereits in Gastein seine Beschäftigung im Auswärtigen Amt ins Auge gefaßt worden.“

Da mir bis jetzt von keiner Seite offizielle Mitteilungen darüber gemacht wurden, sehe ich mich veranlaßt, zunächst vertraulich mich an Sie zu wenden, zunächst einmal, um zu erfahren, was etwa bereits bestimmt worden, dann aber, um zu erklären, daß trotz meines prinzipiellen Einverständnisses mit der Einführung meines ältesten Sohns in die Fragen der höheren Verwaltung ich entschieden dagegen bin, daß er mit dem Auswärtigen Amt beginne. Denn angesichts der Wichtigkeit der dem Prinzen zu stellenden Aufgabe halte ich es für geboten, daß er vor allen Dingen die inneren Verhältnisse seines eigenen Landes kennen lerne und dann sich mit denselben vertraut mache, ehe er bei seinem ohnehin sehr raschen und zur Ueberzeugung neigenden Urteil sich auch nur einigermaßen mit der Politik befaßt. Sein wirkliches Wissen ist noch lückenhaft, es fehlt ihm zurzeit an der gehörigen Grundlage, weshalb es durchaus erforderlich ist, daß seine Kenntnisse gebildet und vervollständigt werden. Einen solchen Zweck würde die Zuteilung eines Zivil-Informators und damit verbunden oder auch später die Beschäftigung auf einem der Verwaltungs-Ministerien erfüllen.

Aber angesichts der mangelnden Reife sowie der Unersahrenheit meines ältesten Sohns, verbunden mit seinem Hang zur Ueberhebung wie zur Ueberschätzung, muß ich es als geradezu gefährlich bezeichnen, ihn schon jetzt mit auswärtigen Fragen in Verbindung zu bringen.

Indem ich Sie bitte, diese meine Mitteilung als nur allein an Sie gerichtet zu betrachten, wehre ich auf Ihren Befehl in dieser mich sehr ernst bewegenden Angelegenheit.“

Im Anschluß an diesen Brief schreibt der Reichskanzler:

„Die Beziehungen des jungen Herrn zu unseren Zentralbehörden blieben auf das mir untergebene Auswärtige Amt beschränkt, von dessen interessanteren Akten er mit Bereitwilligkeit, aber ohne Neigung zu ausdauernder Arbeit, Kenntnis nahm. Um ihn über den inneren Dienst eingehender zu unterrichten und um in den täglichen Verkehr des Prinzen ein zivilistisches Element neben dem kameradschaftlichen einzuführen, hat ich den Kaiser, zu gestatten, daß ein höherer Beamter von wissenschaftlicher Bildung zu dem Prinzen kommandiert werde; ich schlug dazu den Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern Herrfurth vor, der mir bei seiner Vertrautheit mit der Gesetzgebung und Statistik des ganzen Landes zu einem Führer des Thronerben besonders geeignet schien. Auf meine Anregung lud mein Sohn im Januar 1888 den Prinzen und Herrfurth zu Tisch, um die persönliche Bekanntschaft zu vermitteln. Dieselbe führte aber zu keiner weiteren Annäherung. Der Prinz sagte, mit einem so ungepflegten Bart habe er sich in seiner Jugend nicht abgeben lassen, und bezeichnete auf meine Frage den Regierungsrat von Brandenburg in Magdeburg als eine ihm zusagende Persönlichkeit. Dieser erschien in der Tat nach allen Richtungen hin für die beabsichtigte Verwendung geeignet, und trotz meiner Bitte die Stelle an, äußerte aber schon Mitte März den Wunsch, derselben entzogen zu werden und zu seiner Tätigkeit in der Provinz zurückzukehren. Er war von dem Prinzen sehr gnädig behandelt, wie ein willkommener Gast zu allen Mahlzeiten zugezogen worden, hatte aber zu dem Bewußtsein einer geschäftlichen Tätigkeit nicht gelangen und ist mit einem müßigen Hofleben nicht befreundet worden.“

Meine Bemühungen, eine militärische Veretzung des Prinzen in irgendeine Provinz zu erreichen, lediglich behufs Wechsels der Potsdamer Regimentsbeinflüsse, blieben erfolglos. Die Dimensionen der Kosten des prinzipiellen Haushalts in der Provinz erschienen dem Hausministerium noch bedeutender als in Berlin. Auch die Kronprinzessin war dem Plan abgeneigt. Der Prinz war zwar im Januar 1888 zum Brigadier in Berlin ernannt worden, aber die Bekräftigung, welche in der Entwicklung der Krankheit des Vaters eintrat, schritt schließlich die Möglichkeit ab, dem Prinzen vor seiner Thronbesteigung bezüglich innerer staatlichen Lebens im Innern andere Eindrücke zu verschaffen, als das Regimentleben gewähren konnte.“

Es ist festzustellen, daß einerseits der von seinem Vater bestimmte Erzieher des Prinzen Wilhelm, Hinzpeter, einen zweifelhaften Einfluß auf die geistige Entwicklung des Prinzen ausgeübt hatte, andererseits Kaiser Wilhelm I. von der Auffassung ausging, daß ein künftiger König von Preußen neben dem militärischen Gebiet vor allem wenigstens die großen Linien der auswärtigen Politik zu beherrschen lernen müsse. Als eine Gegenwirkung auf die Erziehungswirksamkeit Hinzpeters kann man wohl das Interesse betrachten, das Prinz Wilhelm im Herbst 1887 für den Holprecht'schen Stöcker und dessen christlich-sozialen Politik faßte. Die Vorgänge jener Zeit sind bekannt, insbesondere auch, daß dem Prinzen Wilhelm die irrtümliche Meinung beigebracht wurde, Staatssekretär Herbert Bismarck habe die scharfen Artikel in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ geschrieben, die gegen die Bestrebungen Stöckers den Kartellgedanken vertraten und die in Wirklichkeit von dem Staatssekretär Rottenburg herrühren und dem Reichskanzler wie seinem Sohn nicht einmal bekannt waren. Am 21. Dezember 1887 richtete Prinz Wilhelm aus Potsdam einen Brief an den Reichskanzler, der die Missdeutungen widerlegen wollte, denen die Uebnahme des Protektorats der von Stöcker begründeten Berliner Stadtmission durch den Prinzen in der Presse begegnet sei. Der Prinz bezeichnete diese Arbeit der inneren Mission als wirksamstes Mittel zur nachhaltigen Bekämpfung der Sozialdemokratie, und wollte sie im übrigen als unpolitische Betätigung praktischen Christentums aufgefaßt wissen. Er versicherte den Kanzler seiner herzlichen Verehrung und Anhänglichkeit und schrieb u. a., er wolle sich eher ein Glied nach dem anderen für Bismarck abhauen lassen, als daß er etwas unternehme, was ihm Schwierigkeiten oder Unannehmlichkeiten bereiten würde. Die daran angefügte Wendung, Bismarck würde sich auch im Fall eines Kriegs auf den Prinzen

verlassen können, erklärt sich aus der bekannten Ueberzeugung des militärischen Protektors der christlich-sozialen Bewegung, Generals Graf Waldersee, daß ein Krieg mit Rußland untermeidlich sei, und aus der Freundschaft des Prinzen mit Waldersee.

## Lloyd George über das Pariser Abkommen.

London, 7. Febr. Lloyd George sagte in einer Rede in Birmingham, Deutschland sei in einer gefährlichen Lage und müsse zur Verhinderung einer Revolution auch gewisse militärische Streitkräfte zur Verfügung haben. Doch dürfe man nicht erlauben, daß Hunderttausende von Truppen unter Wasser gehalten würden. Deutschland würde vielleicht den Schutz der Verbündeten nötig haben. Aber Frankreich dürfe nicht einer Wiederholung des Angriffs von 1914 (!) ausgepostet werden. Bei der Entschädigungsfrage habe man in Betracht ziehen müssen, daß der Handel der Verbündeten keinen Schaden erleide. Die Rechnung sei im Rahmen des Möglichen gehalten. Wenn es Deutschland nicht gut gehe, könne es auch nicht zahlen. Deutschland habe sich in stürmischen Protesten gegen die Forderungen gewandt. Selbst Simons habe gesagt, daß die Forderungen unzumutbar seien. Die Ansicht Simons beruhe auf Irrtümern, und Lloyd George hoffe, daß sie nach Einsicht in die vollständigen Dokumente beseitigt werden. Doch warne er Deutschland, sich nicht durch leidenschaftliche Proteste und Handlungen gegen die Entschlüsse der Verbündeten anzulehnen. Wenn Minister Simons seine Gegenanschläge mit nach London bringe, werden sie geprüft und wenn sie vernünftig seien, könnte man darüber reden. Jeder Versuch Deutschlands, der Bezahlung auszuweichen, müsse unterdrückt werden.

Der englische Handel könne erst wieder in volle Blüte kommen, wenn die nachbarlichen Beziehungen mit Mitteleuropa wiederhergestellt seien. Die Schlüsselindustrien könnten hauptsächlich durch die Besserung der ausländischen Valuta geschützt werden, sonst müßte allerdings ein Zollschutz eintreten. Die erste Vorbedingung auch für den Handel, sei die Achtung vor den Verträgen und daher habe die englische Regierung die Verpflichtung, darauf zu dringen, daß die Friedensverträge ausgeführt würden. Jeder angegriffene Vertrag sei ein latenter Kriegszustand. Deutschland könne die geforderte Entschädigung bezahlen; bis jetzt sei die Besteuerung in Deutschland noch nicht auf derselben Stufe angekommen wie in England und Frankreich. Man sage zwar, die deutschen Herrscher hätten den Krieg verursacht (!), während das deutsche Volk nicht hinter ihnen gestanden habe. Doch selbst die Sozialisten unter den Deutschen standen während des Kriegs fest hinter der Regierung und würden die Werte anerkennen, die man im Falle eines Siegs dem Feind auferlegt hätte. Die Lasten, die man jetzt Deutschland aufzwingen wolle, seien nicht übermäßig. Die während der ersten zwei Jahre zu zahlenden Summen betragen nicht mehr als die in England und Frankreich an Kriegsschädigte zu zahlenden Pensionen. Bei den Besprechungen mit Simons habe er stets das unangenehme Gefühl gehabt, hinter dem deutschen Innenminister ständen immer noch die Männer von 1914.

London, 7. Febr. Die gesamte Presse nimmt zu der Rede Lloyd Georges Stellung. Die Blätter stimmen der Rede zu. „Observer“ schreibt: Das ganze Land steht fest hinter Lloyd George bei seiner Forderung, daß Deutschland alles zahlen müsse, was es zahlen könne. Deutschland dürfe nicht den törichtesten Fehler einfacher Ablehnung begehen. Die volle Summe, die Deutschland zahlen könne, müsse jedoch von den Verbündeten und deutschen Sachverständigen in gemeinsamer Arbeit festgestellt werden, dadurch werde Deutschland vor der Welt die Verantwortlichkeit übernehmen. Uebertriebene Entschädigungen machten nur ihre Urheber zum Spott.

## Neues vom Tage.

Die Besprechung der Ministerpräsidenten. Berlin, 7. Febr. Nach Berliner Blättern ist in der Besprechung der deutschen Ministerpräsidenten am Samstag keine grundsätzliche Einigung erzielt worden. Der bayerische Ministerpräsident v. Kaahr habe die Stellung bezüglich der Einwohnerwehr nicht aufgegeben, außer-

dem verlange er, die Verbandsnote über die Entschädigung und die Kriegsschadigung als Ganzes zu behandeln.

### Die Einheitsfront.

Stettin, 7. Febr. In einer Wahlrede sagte der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Minister a. D. Herzog: Die Verhandlungen über die Bildung einer Einheitsfront der Reichsparteien seien noch nicht abgeschlossen. Die Deutschnationalen seien im Grund dafür, nur über den Weg sei man noch nicht einig. Die Einheitsfront müsse sich auch auf die innere Politik beziehen. Die Frage sei noch nicht brennend. In der Stunde der Gefahr, wenn die Feinde ihre Drohungen auszuführen versuchen sollten, dann sei es Zeit, daß sie ein großes geschlossenes Deutschland finden.

### Gegen das Pariser Diktat.

Leipzig, 7. Febr. Der Ausschuß der demokratischen Partei erklärte sich mit der Stellung der Reichsregierung und des Reichstags gegen die unvernünftigen und schwachvollen Pariser Forderungen einverstanden und forderte Festigkeit und eine mögliche Erweiterung der Regierungsgrundlage. Das deutsche Volk sei entschlossen, auch das Schwere zu tragen. Die Unabhängigen bezeichneten in einer Versammlung die Pariser Abmachungen als unerfüllbar. Die Unabhängigen sei eine Entschädigung des deutschen Wirtschaftslebens, gegen das die Arbeiterklasse nötigenfalls den Verkehrsboykott anwenden werde.

Paris, 7. Febr. Der „Petit Parisien“ spricht von der lebhaften Agitation, die in ganz Deutschland herrscht, um die Weigerung der deutschen Regierung zu verstärken. Bayern sei der Mittelpunkt der deutschen „Reaktion“ geworden. Die bayerische Regierung wolle weder in der Entwaffnungs- noch in der Entschädigungsfrage nachgeben. Sie sagt sich nicht ohne Berechtigung, wenn Deutschland nicht entschädigt werde, werde es umso härter sein, um die Entschädigung zu bekommen. Angesichts der allgemeinen Erregung bestreite man, daß die Offiziere der Lebensmittelkommission das Opfer neuer (?) Angriffe nicht abweisen, wenn die Regierung nicht eingreife, und sie schreibe dazu nicht genügt. Dazu müsse man sich fragen, ob die Konferenz von London überhaupt stattfinden könne. Die verbündeten Regierungen könnten sich schon jetzt darüber beraten.

Paris, 7. Febr. Briand soll nach dem „Matin“ erklärt haben, er werde nicht einen Roll von der Haftung abweisen, die er in der Entschädigungsfrage angenommen habe. Der „Matin“ fügt hinzu: Die Deutschen müssen wissen, daß die französische Regierung bis an die äußerste Grenze des Entgegenkommens gegangen ist. — Marcel Guin schreibt im „Echo de Paris“, er habe den Eindruck, daß die Konferenz von London keinesfalls unter die festgesetzte Entschädigung gehen könne. Entgegen allen deutschen Mandatieren werde die Konferenz von London fest bleiben und unverzäglich die „Sanktionen“ spielen lassen.

### Die Sachverständigenkonferenz verschoben.

Paris, 7. Febr. Die Konferenz der Finanz-Sachverständigen in Brüssel soll erst nach den Londoner Beratungen stattfinden. Die Verbands-Sachverständigen haben ihre Arbeit eingestellt.

### Nicht Ausfuhrzoll, sondern Zuschlag.

Rom, 7. Febr. Der italienische Sachverständige bei der Pariser Konferenz Giannini bestätigt die Angaben des englischen Sachverständigen Wilson Harris, daß es sich bei der 12prozentigen Belastung nicht um einen Ausfuhrzoll, sondern um einen Preiszuschlag auf alle Einnahmen aus der deutschen Ausfuhr handle. Auf diese Weise werden die Verbündeten in den verschiedenen Ländern, wohin die deutsche Ausfuhr gehe, große Entlohnungen erhalten, mit denen sie in diesen Ländern ihrerseits Käufe machen können. Damit haben die Verbündeten ein Mittel entdeckt, nicht nur Deutschland zum Zuhlen, sondern auch zum Zahlen in Gold zu zwingen (weil nämlich im internationalen Handelsverkehr die Verbindlichkeiten im Goldwert ausgeglichen werden.)

### Auflösung einer Landwirtschaftskammer.

Berlin, 7. Febr. Das preussische Staatsministerium hat die Landwirtschaftskammer für Schlesien aufgelöst, weil sie in einer Versammlung in Breslau dem Kaiser zu seinem Geburtstag geduldet hatte. — Das preussische Landesökonomienkollegium wird aufgelöst.

### Reisebesuch in München.

München, 7. Febr. Die gestern vor der Reichshalle abgehaltene Versammlung von 30000 Münchnern landte an den Reichsminister Dr. Simons folgende Kundgebung: Die hier versammelten Deutschen aller Kreise fordern von der Reichsregierung unbedingt die Abkehr von den Forderungen des Verbands mit einem klaren: Nein niemals! Auf's schärfste verurteilen sie jeden Deutschen, der es wagen sollte, irgendwie die Hand zu bieten zu dem Selbstmord, den die Unterzeichnung dieses Ergänzungsvertrages Hebermatts bedeutet.

### Das griechische Kabinett.

Athen, 7. Febr. Kalogeropoulos hat mit den ehemaligen Mitgliedern außer Kallias das neue Kabinett gebildet, das sich nun aus lauter Anhängern des Kriegsministers Gunnaris zusammensetzt.

### Der deutsche Wettbewerb in Südamerika.

London, 7. Febr. Die „Morning Post“ meldet aus New York, einem Bericht des amerikanischen Handelsamts zufolge mache sich der deutsche Wettbewerb in Südamerika bereits fühlbar. Auch in Mexiko mochten die Deutschen große Aufregungen, um den früheren Markt wieder zu gewinnen.

### Schiebungen.

Hamburg, 7. Febr. Aus Hagenow (Mecklenburg) wird berichtet: Am Freitag wollten hier Kriminalbeamte aus Berlin und Schwerin und hiesigen Untersuchungen über Schiebergeschäfte an, in die Beamte der Kreisbehörde verwickelt sind. Es handelt sich um umfangreiche Schiebungen von Zucker und Auslandmehl. Der Vorsitzende der Kreisbehörde und andere Personen wurden verhaftet.

### Festlicher Empfang eines deutschen Schiffes in Argentinien.

Frankfurt a. M., 7. Febr. Die „Frankf. Btg.“ bringt ein Telegramm der deutschen „La Plata-Zeitung“ in Buenos Aires, wonach dort am 4. d. M. der deutsche Dampfer „Argentinien“ der Hamburg-Amerika-Linie eingetroffen ist. 8 besetzte Schlepptanker holten ihn von der See ab. Die Sirenen aller Schiffe ertönten und argentinische Kriegsschiffe und Marinetruppen erwiesen dem Dampfer militärische Ehrenbezeugungen.

Bern, 7. Febr. Der Bundesrat hat den Durchbruch von Völkerverbänden in das Abstimmungsgebiet von Wina abgelehnt. — Der Staatsvoranschlag für 1921 mit einem Fehlbetrag von 133 Millionen Franken wurde angenommen.

London, 7. Febr. Die Einweiser hielten das geschichtlich bedeutende Schloss von Tunnershill in Brand. Die Polizei sicherte dafür 5 irische Geschäftshäuser ein.

London, 7. Febr. Die englische Regierung hat der ungarischen Regierung mitgeteilt, daß die Verbündeten gegen die Wahl eines Habsburgers zum ungarischen König Einspruch erheben werden.

London, 7. Febr. „Daily Express“ meldet aus Konstantinopel, der Großvezir habe auf die Bedingungen der Regierung Kemal Paschas eine scharfe Antwort mit der Abweisung der Vorläufe gesandt. — Infolge der Haltung der nationalistischen Regierung ist die Stellung des türkischen Kabinetts unhaltbar geworden. — Nach einer Neuter-Nachricht aus Konstantinopel entscheidet die Regierung von Ankara eine Abordnung zur Londoner Konferenz. Sie beansprucht für sich allein das Recht, die Türkei auf der Konferenz zu vertreten.

London, 7. Febr. In einer Unterredung mit dem diplomatischen Mitarbeiter des „Observer“ erklärte Benizelos, die Rückkehr des Königs Konstantin nach Athen sei nur ein vorübergehendes Ereignis, das nur für Griechenland Bedeutung habe. Er dürfe keinen Einfluß auf die Haltung der Verbündeten gegenüber der Türkei haben. Es würde ein Fehler sein, den Vertrag von Sevres abzuändern.

In dem neuen griechischen Kabinett wird auch der ehemalige griechische Gesandte in Berlin, Theotokis, ein Amt übernehmen. Kalogeropoulos, der sich für einen Freund der Entente ausgesprochen habe, habe erklärt, daß die Anwesenheit Benizelos auf der Konferenz nicht zulässig sei.

## Aus Stadt und Land.

Altensteig, 8. Februar 1921.

Erhöhte Zuteilung reines Weizenmehls. Das Direktorium der Reichsgetreidestelle listet seit dem 1. Nov. o. J. den Kommunalverbänden auf Antrag Kochmehl (Hausbrotmehl), das in einer Menge von 600 Gramm auf den Kopf monatlich neben der Brotkarte zur Verteilung gelangt. Auf Anordnung des Herrn Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft ist diese Menge mit Wirkung vom 16. Febr. d. J. von 600 Gramm auf 800 Gramm erhöht worden. Der den Kommunalverbänden von der Reichsgetreidestelle berechnete Kilogrammpreis beträgt zurzeit M. 7.50, entsprechend den günstigeren Einkaufs- und Devisenpreisen; dazu werden geringfügige Zuschläge für den Kleinhandel. Das Mehl ist 75% reines, aus amerikanischen Körnern im Inlande hergestelltes Weizenmehl, das zum Kochen und Backen sehr geeignet ist. Zahlreiche Hausfrauen machen von dieser Gelegenheit, vortreffliches, reines Weizenmehl für einen weit geringeren Preis zu erhalten als im Schleichhandel, seinen Gebrauch, weil sie glauben, daß dieses Mehl von der Beschaffenheit desjenigen Mehles sei, das früher als „Cerealienmehl“ verteuert wurde. Es ist wünschenswert, daß die Kommunalverbände die Haushaltungen durch die Verkaufsstellen oder auf andere Weise darauf aufmerksam machen, daß dieses Vorurteil in keiner Weise berechtigt ist.

Zur Viehschennumlage. Die jetzt fällige Viehschennumlage verschlingt in mancher Landwirtschaft eine vierteljährliche Milchannahme, deswegen hat der hiesige Viehweiser-Verein, weil die Milchzuger an den Höchstpreis gebunden sind, für seine Mitglieder an die Stadtdirektion das Ersuchen gerichtet, die Hälfte dieser Umlage auf die Stadtkasse zu übernehmen.

Unter der Ueberschrift „Natur und Heimatpflege“ erschien vor einigen Tagen an dieser Stelle eine Aeußerung, zu welcher heute noch Einiges bemerkt werden möge: Wir sind mit dem Schreiber jener Zeilen vollkommen darin einig, daß es sehr zu begrüßen wäre, wenn auch in unserer Stadt durch ausführende Arbeit der Sinn für die Schönheiten unserer Heimat geweckt und zur Pflege und Erhaltung derselben gewöhnt würde. — Unbedingt Recht gehen müssen wir dem Verfasser in seiner Verurteilung jenes Neubaus in der oberen Stadt, welcher unser malerisches altes Städtchen in ganz abschreckender Weise verhandelt. Zustimmung müssen wir ihm ferner in seiner Forderung für die Erhaltung der Pappelreihe im Mühlteich, welche im Sommer mit ihrer Kronen-

fälle jener Reihe unseres Tales ein so reizendes eigenartiges Gepräge gibt. Eine unzerstörliche Höhe wäre es, diese Schönheit ohne zwingenden Grund zu zerstören. Was jedoch die Frage der Erhaltung des Hessesteich-Waldes betrifft, so möchten wir ihm Folgendes zu bedenken geben: Wohl mag jene hochgelegene Waldecke vom Tal aus gesehen auch in ihrer jetzigen Form noch einen lieblich hübschen Eindruck machen und den Wunsch nach ihrer Erhaltung wecken lassen; eine andere Ansicht wird jedoch der gewinnen, welcher auf die Höhe hinaufsteigt und diesen durch den Nord-West-Sturm von hinten her gänzlich ausgehöhlten und verlichteten Bestand betrachtet mit seinen krummen und schiefen Stämmen und schwindelartigen Baumkronen. Das ist keine „Schönheit“ mehr, die es wert ist, auf die Dauer gehalten und geschützt zu werden, selbst wenn dies möglich wäre. Aber auch letzteres ist nicht der Fall: Der Wind weht an dem nun einmal aufgerissenen Bestand unaussprechlich weiter; jeder stärkere Sturm — auch derjenige vor einigen Tagen — fordert neue Opfer und so würde es weitergehen, bis nur noch einige wenige, besonders fest bewurzelte Stämme übrig blieben. Denn ein Waldbestand ist eben kein „Monument“, wie uns der Einfender des vor einigen Wochen erschienenen Artikels so schön belehren wollte, sondern ein lebendes Gebilde, das sterben muß, wenn ihm seine Lebensbedingungen untergraben sind, um etwas Jungem, Wachstüchtigem Platz zu machen. — Unter Würdigung dieser Umstände wurde im letzten Sommer an Ort und Stelle vom Gemeinderat, unter Einschluss des Stadtvorstandes, dem Vorschlag des städt. Forstmeisters zugestimmt, zunächst den oberen, am meisten verlichteten Teil des Bestandes unter Belassung einiger voraussichtlich noch länger aushaltender schöngeformter Stämme zu räumen und diese Fläche neu anzupflanzen. — Und so wird sich das Schicksal des vielumstrittenen Hessesteichwaldes vollziehen, als eine Folge natürlicher Vorgänge, nicht trotz Viehschennbeschlusses! Der Verfasser aber und alle, welche dem sterbenden Hessesteich-Wald nachtrauern, mögen sich damit trösten, daß auch hier „neues Leben blüht aus den Ruinen“!

Freie Schuhmacherinnung. Oberweiser Dürschmabel eröffnete die am Sonntag im „Keller“ in Nagold stattgefundenen gute Besprechung. Nach Mitteilung der Tagesordnung wurde der Kaufbericht von Kaiser W. Müller vorgelesen und genehmigt. Der Jahresbeitrag wurde auf 8 M. festgesetzt. Ferner wurde über die Verhältnisse der Innung berichtet, wobei auch die Vorarbeiten erwähnt wurden, die einer 15%igen Steuer unterliegen. Die Beschlüsse wurden einstimmig angenommen und sollen nie mehr bestritten werden, als gesetzlich erlaubt ist. Der Reichsverband wurde als „Vereinsverband“ bezeichnet und als „Vereinsverband“ bezeichnet. Die Beschlüsse wurden einstimmig angenommen und sollen nie mehr bestritten werden, als gesetzlich erlaubt ist. Der Reichsverband wurde als „Vereinsverband“ bezeichnet und als „Vereinsverband“ bezeichnet.

Die Unfall- und Invalidenrenten gelten nach einer Entscheidung des Reichsfinanzministeriums nicht als Arbeitseinkommen und unterliegen daher nicht dem 10prozentigen Steuerabzug. Sie sind aber an sich steuerpflichtig. Einmalig bereits erfolgte Steuerabzüge werden auf die Steuererklärung angerechnet.

Ermäßigung des Zinsfußes. Nach Mitteilungen der Zinsfußkommission für das Brauereiwesen wurden die Zinse für Sacharin von 800 auf 475 M. und für Dufzin von 440 auf 300 M. je 100 Kg. ermäßigt.

Die Haserumlage. Wegen der Höhe der Haserumlage sind aus verschiedenen Gegenden des Reichs begründete schwere Bedenken geltend gemacht worden. Einem Beschluß des Hauptauschusses des Reichstages gemäß wird nun, wie bereits berichtet, denjenigen Landwirten, die die Hälfte ihres Viehschens erfüllt haben, für die weitere Lieferung Mais oder Maiskleie zu einem dem Haser entsprechenden Preis zur Verfügung gestellt. Dazu ist dieser Tage die Verordnung ergangen, daß Landwirte, die ihrer Lieferungspflicht nicht nachkommen, das Dreifache des Haserpreises zu zahlen haben. Bei unverschuldeter Versäumnis kann die Verwaltungsbehörde die Mehrzahlung erlassen.

Schnellzugverkehr Holland — Württemberg. — Tirol. Mit Beginn des Sommerfahrplans werden die Schnellzüge D 23 (Stuttgart ab 8.30, Ulm an 10.40, Friedrichshafen an 12.58) und D 60 (Friedrichshafen ab 5.06, Ulm an 7.42, Stuttgart an 9.34 nachm.) zu internationalen Schnellzügen ausgebaut. D 23 erhält Anschluss von Amsterdam ab 5.50 nachm. (mit Schlafwagen), Düsseldorf 11.48, Köln 12.45 nachts, Mannheim an 5.46, ab 6.00 vorm., Heidelberg 6.27, Stuttgart ab 8.30, Ulm 10.40, Friedrichshafen an 12.30, Lindau 1.08, Innsbruck an 7.55 nachm. In der Gegenrichtung geht der Zug 10.05 vorm. in Innsbruck ab, berührt 4.47 Lindau, 5.11 Friedrichshafen, Stuttgart ab 9.40 nachm., Heidelberg 12.00 nachts, Mannheim 12.22, ab 5.33, Amsterdam 1.33 nachm.

Das Zwanzigmarkstück in Gold wurde in vergangener Woche an der Berliner Börse mit 250 Papiermark bewertet.

Zimmermieten. Seit dem 1. Januar 1921 ist die Einnahme aus der Vermietung möblierter Zimmer umsatzsteuerpflichtig. Der Steuerfuß beträgt in der Hauptsache 1 1/2 Prozent der Mietannahme.

Abbau der Schweizer Hotelpreise. Der Rückgang des Fremdenverkehrs in der Schweiz hat den dortigen Hotelierverein veranlaßt, für das Jahr 1921 die Preise für Hotel und Pensionen herabzusetzen. Als Mindestpreise gelten nach der „Internationalen Hotel Revue“ für Zimmer in Luzernhotel 8 Fr. (derzeit rund 80 Mark), in Hotel 1. Rang 5-7 Fr., 2. Rang 3.50-4.50 Fr., 3. Rang 3 Fr.; für Verköstigung einschließlich Zimmer in Luzernhotel 21 Fr., in Sänter 1. Rang 15-18 Fr., 2. Rang 10-13.50 Fr., 3. Rang 8 Fr. Dazu kommen Zuschläge für Heizendes Wasser, Heizung, Bedienung und Licht.



**Amfliche Bekanntmachungen.**

In Bfingen ist die Maul- und Ruusfeuche erloschen. Die angeordneten Schutzmaßregeln sind aufgehoben. Nagold, den 7. Februar 1921. Oberamt: Müns.

**Zur Stadtschultheißenwahl in Berneck.**

Der Einwohnerschaft von Berneck gebe ich hiemit bekannt, daß ich mich durch die Anfechtungsmanipulationen der Gegner veranlaßt gesehen habe, auf die Wahl freiwillig zu verzichten und zwar mit folgender wörtlicher Verzichtserklärung der Kreisregierung gegenüber:

Ich komme, bevor ich geladen war, und teile, nachdem mir der Stand meiner Wahlsache eröffnet wurde, mit, daß ich auf meine Wahl zum Ortsvorsteher in Berneck vom 21. November v. Js. verzichte, da von meinen Wahlgegnern behauptet wird, die Bürgerschaft in Berneck sei vor der Wahl über mein Vorleben nicht unterrichtet gewesen, sodaß in dem Wahlergebnis der wahre Wille der Wähler nicht zum Ausdruck gekommen sei. Inzwischen ist die Wählerschaft über meine Person und über mein Vorleben hinlänglich unterrichtet worden. Der bisherige Vorwurf kann daher bei der anzuberaumenden neuen Wahl, bei der ich wiederum kandidieren werde, nicht mehr gegen mich erhoben werden.

**Schultheiß Brüstle.**

**Landwirtschaftl. Bezirksverein Nagold.**

Nach einer Beschlußung der Landesgetreidekammer vom 26. Jan. d. J. darf Getreide wegen Gefährdung der Versorgung der Bevölkerung mit Brotgetreide an maul- und ruusfeuchtkranke Tiere nicht verfüttert werden. Verfütterung von Haber ist statthaft. Gesuche um Gewährung von Ausnahmen von dem Getreideverfütterungsverbot müssen vom Oberamt abgewiesen werden.

Gesuche um Abberaumung der Sperremaßnahmen in den versuchten Gemeinden müssen durch die Ortsvereine bei dem Oberamt eingereicht werden, diese sollen sich aber nur auf die dringendsten Fälle beschränken.

Ebhhausen, den 7. Februar 1921. Kleiner.

**Schwarzwald-Drogerie Altensteig Tel. 41.**



empfehl  
**Ia. Vollreis**  
von der Stadt, das Pfd. Mk. 3.90  
solange Vorrat.

**Große Mobiliar-Versteigerung**

Am Donnerstag, den 10. Februar, von vormittags 9 1/2 Uhr ab, werden im Hotel „Graß Eberhard“ zu Wildbad

etwa dreißig vollständige Betten mit Kopfkissen, Matratzen, Waschtische, Sofa, Spiegel, ein Klavier, Bilder, Schränke, Geschirr, Wirtschaftsstühle, Tische und sonstiges Mobiliar versteigert.

**Delfarben** streichfertig in allen Tönen sowie

Leinöl, Leinölfirnis, Terpentinöl, Möbellack, Copallack, Eisenlack, Fußbodenlack, Fußbodenöl,

Fußbodenwachs (Parkettperle) weiß und gelb, Mattierungen, Polituren, Maschieren u. Holzleim, Condit. Masch.-Fett, Puzwolle, Pinsel u. Plafondbürsten, Seifen u. Seifenpulver

empfehl zu billigsten Tagespreisen  
**R. Ungerer, Nagold.**

Altensteig-Stadt.  
Die Stelle der  
**Leichenbesorgerin**  
ist auf 1. April d. J. neu zu besetzen.  
Bei neue Bewerberinnen wollen sich binnen einer Woche beim Stadtschultheißenamt melden.  
Die Bezahlung erfolgt aus der Stadtkasse.  
Den 7. Februar 1921.  
Stadtschultheiß nomi.

Altensteig.  
**Abhanden**  
gekommen ist mir mein langhaariger  
**Budelhund**  
weiß mit braunen Platten.  
Um Auskunft über den Verbleib bittet  
**Fr. Maier**  
Holzbändler.

Euztal.  
**Zugelaufen**  
ein Metzger- oder Schäferhund. Innerhalb 8 Tagen abzuholen.  
**G. Frey**  
u. Ortschaftshof.

D-rjengen  
**Obstbaum-**  
**besitzer**  
welche ihre Söhne die Behandlung ihrer Bäume im Berechnen, Ausputzen, Baumschule, für sich e-lernen lossen wollen, können sich bis 14 Febr. 1921 persönlich bei

**S. Harr, Baumwart,**  
Eimersfeld  
anmelden.  
Unter 16 Jahren wird niemand angenommen.

**Offene Beine**  
alle iderartige Geschwüre, Fiechten, R. ähe, Gedecku kanst über Heilung ganz umsonst, nur 1 Karte erwid. ist.  
**Roland Heiligenstadt Elbst.**  
Salzbrunn 9.

**Al. Zimmer**  
oder Schlafstelle  
sodort gesucht.  
Offerten an die Geschäftsstelle des Al.

Waldorf.  
Ein gebrauchtes  
**Fahrrad**  
(ohne Bereifung)  
hat zu verkaufen  
**Joh. Gg. Walz, Bäckerei.**

Gutwehr.  
Ein  
**Ruh-**  
**kalb**  
zum Anbinden  
verkauft  
**Strassenwärtler Reuschler.**

**Wir nehmen**  
noch weitere Bestellungen auf  
**Ia Dungkalk**  
entgegen!  
Preis franko Altensteig, lose verladen, Mk. 5.75 per Zentner.  
**Veeh & Ziegler**  
Altensteig.

**„Drogerol“**  
ist das Beste  
für kranke u. schwache Tiere,  
bes. Schweine.  
Paket ca. 2 Pfd. Mk. 4.—,  
10 Paket Mk. 35.—.  
Nichts anderes nehmen!  
zu haben bei:  
**Chr. Burghard jr., Altensteig.**

Altensteig.  
**Friedrichsdorfer**  
**Zwieback**  
empfehl  
**G. Gutekunst**  
Bäckerei und Konditorei.

**Margarine**  
in 1 Pfund Paketen  
empfehl zu neuesten Fabrikpreisen

**Fritz Haig**  
**Altensteig**  
Altensteig.  
Der Waggon

**Dungsalz**  
trifft in ca. 8 Tagen ein, nachdem fast die Hälfte noch unverkauft ist, bitte ich um weitere Bestellungen, um Alles ab Bahnh. verladen zu können, da sich eine Uebernahme auf's Lager nicht lohnt und den Artikel wesentlich verteuert.  
**Fr. Bühler jr.**

**Mädchen-**  
**Gesuch.**  
Zu alsbaldigem Eintritt suche ich für Küche u. Haushaltung ein ordentliches Mädchen bei hohem Lohn.  
**Bad Teinach, 5. Febr. 1921.**  
**Franz Notar Franz.**

**NISSIN**  
gegen Kopfläuse  
Nichts anderes nehmen  
zu haben Apotheke.  
Altensteig.

**1 Bettlade**  
Bettrost mit Matratzen zu verkaufen.  
**Fr. Beyer, Lammberg.**

**Violin-Saiten**  
sowie  
**Mandolin-Saiten**  
sind in la. Qualität zu haben in der  
**W. Nieher'schen Buchh.**

Werkzeuge:  
Calw: Marie Baur, geb. König.

Poppeltal.  
**Todes-Anzeige.**  
  
Schmerzfüllt geben wir Verwandten und Bekannten die traurige Mitteilung, daß unsere liebe Tochter, Schwester und Schwägerin  
**Christine Wurster**  
im Alter von 35 1/2 Jahren von ihrem langen schweren, mit großer Geduld ertragenen Leiden im Krankenhaus Neuenbürg durch einen sanften Tod erlöst worden ist.  
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen der Vater:  
**Adam Wurster, Holzauer**  
mit Familie.  
Beerdigung Donnerstag nachm 2 Uhr in Euztal.

Kaufen Sie  
**Dixin**  
von Henkel  
bestes  
**Seifenpulver**  
Preis Mk. 2.25 das Paket.  
Alleinige Fabrikanten:  
**Henkel & Cie., Düsseldorf.**

Eimersfeld  
**Knaben- und Mädchenstiefel**  
in jeder Größe  
hat billigst zu verkaufen  
**Joh. Gg. Wurster, Schuhmacher.**  
**In Maßarbeit und Reparaturen**  
hält sich bestens empfohlen der Obige.

Egenhausen.  
Von Montag, den 5. bis einschließlich Samstag den 12. Februar gewähre ich auf  
**nachstehende Baumwollwaren**  
hemdenflanelle  
Kleider- u. Schurzzeuge  
Unterrockstoffe  
Bettjackenstoffe usw.  
**10% Rabatt.**  
**J. Kaltenbach.**

**Schäfte!**  
nach Maß u. Dugend, werden bei billigster Berechnung in solider Ausführung angefertigt, auch bei Zugabe des Materials, von  
**Mois Erhardt, Schäftefabrikation**  
Tutlingen, Stadacherstr. 67.  
Reelle Bedienung zugesichert.

